

Kämpfe – Alternativen – Zukunft Brückenjahr 2015?

Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG)
von 3.-5. Juli 2015 im Renner-Institut, Wien

Seit einigen Jahren erleben wir in Europa eine Vertiefung der Austeritätspolitik und der multiplen Krisen. Jedoch konturieren sich gleichzeitig auch die Alternativen immer stärker, welche besonders in anderen Weltregionen noch ausgeprägter scheinen. Beispielhaft dafür ist der neue Konstitutionalismus in Lateinamerika, der das Potenzial birgt, dem neoliberalen Konstitutionalismus grundlegend etwas entgegenzustellen.

Daher gehen wir bei der Tagung von der These aus, dass es sich 2015 um ein „Brückenjahr“ oder „Übergangsjahr“ handeln könnte, in dem eine lange gültige Aussage weniger bedeutend wird: Das „Alte“ ist nicht mehr in der Lage, die Verhältnisse einigermaßen lebbar und stabil zu organisieren – das „Neue“ aber noch nicht sichtbar. Doch es könnte sichtbar werden. Die linken Regierungsprojekte in Südeuropa sind der deutlichste Ausdruck dessen.

Was bedeuten diese Entwicklungen für Strategien und Einsatzpunkte in die bestehenden Kräfteverhältnisse und Reproduktionsmodi? Welche Antworten der „anderen Seite“ werden formuliert? Bergen die „Sicherheits-“ Debatten im Kontext des Krieges in der Ukraine und gegen den IS sowie nach den Anschlägen von Paris und Kopenhagen ein neues autoritäres Potenzial? Wie hegemoniefähig – im Sinne einer attraktiven Lebbarkeit für die Subalternen, die tendenziell Schwächeren und Ausgeschlossenen – sind alternative Projekte? Welche Rolle spielen darin die Kämpfe gegen Austerität, die Klassenkämpfe sind aber auch Kämpfe um das Recht auf Migration, Energiesouveränität, Geschlechtergerechtigkeit, die Organisation von Care, das Recht auf Stadt oder Energiedemokratie? Kann ein alternatives Hegemonieprojekt gesellschaftliche Transformationsprozesse organisieren und den multiplen Krisen des finanzdominierten Kapitalismus eine neue Produktionsweise, eine neues Modell des Lebens und Arbeitens entgegengestellt werden?

Welche organisatorischen Schwierigkeiten in der Mobilisierung sind zu beobachten? Welche neuen Formen von Politik sind zu entwickeln? Welche sozialen und intellektuellen Interventionen sind für eine breite Mobilisierung notwendig?

Diese und andere Fragen wollen wir am ersten Wochenende im Juli 2015 in Wien gemeinsam diskutieren.

Programm

Freitag, 3. Juli 2015

Abend: Eröffnungspodium: Syriza, Podemos und die EU (Arbeitstitel)
Öffentliche Veranstaltung (Universität Wien)

Samstag, 4. Juli 2015

(AkG-Tagung für angemeldete TeilnehmerInnen, in den Räumen des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Khleslplatz 12, 1120 Wien)

Vormittag: Plenum zu Krisendiagnosen

Frühere AkG-Tagungen schlossen mit der Diagnose, bei der gegenwärtigen Krise handele es sich um eine Krise des finanzdominierten Kapitalismus. Ist diese Diagnose aufrecht zu erhalten? Was ist mit dem Realkapital? Bietet Piketty einen neuen Ansatz für Kapitalismuskritik?

Handelt es sich um eine „Große Krise“ oder eine „Kleine Krise“ und welche politischen Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?

Mittagessen im Renner-Institut

Nachmittag: Parallele Workshops

(A) Degrowth als Perspektive radikaler Transformation

gestaltet von: Friederike Habermann, Michaela Moser, Barbara Muraca, Andreas Novy, Christina Plank, Irmi Salzer, Alexandra Strickner und Ulrich Brand

Seit einigen Jahren gewinnt die Diskussion um Degrowth (Postwachstum, Entwachsen, Wachstumsrückgang) an Dynamik. Degrowth ist weniger eine soziale Bewegung, sondern eine Perspektive, in der vielfältige Ansätze (Energiedemokratie, Ernährungssouveränität, solidarische Ökonomie, Recht auf Stadt, Transition Towns, etc.) möglicherweise gemeinsame Bezugspunkte entwickeln. Kontext der Diskussion ist die multiple Krise des neoliberalen Kapitalismus und die Suche nach Alternativen. Der Workshop soll folgenden Fragen nachgehen: Was sind die Stärken und Schwächen dieser Perspektive? Wer fühlt sich davon angesprochen und ist aktuell aktiv? Hat der Begriff das Potenzial für breitere Bündnisse und politische Strategien? Sind Begriffe wie Gutes Leben oder solidarische Formen von Wohlstand geeigneter?

(B) Demokratie und Recht

Organisator_innen: Ralph Guth, Wolfram Schaffar, Stefanie Wöhl

Verfassungsreformen der letzten drei Jahrzehnte standen unter dem Begriff ‚new constitutionalism‘ meist für neoliberale Politiken, die sich in dezentralen und überstaatlichen Prozessen sowohl in nationale Verfassungen als auch in das internationale Vertragswerk eingeschrieben haben. Andererseits gibt es aber Widerstand gegen diese Entwicklungen. In Ecuador, Bolivien und Venezuela haben sich alternative Regierungsprojekte erfolgreich durchgesetzt und soziale Errungenschaften verfassungsmäßig abgesichert. Mit Podemos tritt in Spanien eine neue Linkspartei an, die stark von diesem lateinamerikanischen ‚nuevo constitucionalismo‘ beeinflusst ist und verspricht einen Verfassungskonvent für Spanien abzuhalten. Im Rahmen des Workshops wollen wir der leitenden Überlegung nachgehen, welche Rolle die soziale Frage bei Verfassungsprojekten spielt, um damit oft eher normative Verfassungsdebatten mit konkreten materialistischen Aspekten stärker zusammenzudenken. Der Workshop ist offen für Beiträge zur autoritären Krisenbearbeitung der EU, alternativen Projekten in Europa und ähnlichen lateinamerikanischen Erfahrungen.

Ein Call for Papers ist hier angehängt. Einsendefrist für Beiträge: 10. April 2015

(C) Soziale Bewegungen als Alternativen – Möglichkeiten und Grenzen

Organisator_innen: Ilker Ataç , Helmut Krieger, Nicolas Schlitz

Die Welle sozialer und politischer Proteste seit 2011 führte zu Debatten darüber, ob ein neuer Zyklus globaler Proteste angefangen hat: Von den Protestbewegungen im arabischen Raum über Platzbesetzungen und Proteste in europäischen Ländern bis hin zur Occupy-Bewegung, begannen sich in den letzten Jahren und angesichts einer multiplen Krise verschiedene Formen von Protest und Widerstand mit ebenso vielfältigen inhaltlichen Stoßrichtungen verstärkt zu artikulieren.

In diesem Workshop werden wir uns daher mit der Frage beschäftigen, wie die Protestbewegungen seit 2011 den politischen Raum beeinflusst und welche Effekte sie produziert haben

Der Workshop ist offen für Beiträge, die sich mit sozialen Bewegungen im Kontext der multiplen, insbesondere auch ökonomischen Krise auseinandersetzen. Unter anderem stellen sich folgende Fragen: Welche Transformationspotentiale haben Protestbewegungen? Was haben sie bewirkt? Wer sind die Subjekte von Protest und Revolte? Inwiefern wurde in den Bewegungen der letzten Jahre ein neuer Transnationalismus artikuliert? Wo liegen die Grenzen sozialer Bewegungen? Wie lässt sich angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre die Dialektik von Protest und Staat bzw. staatlicher Reaktion und Repression herausarbeiten? In welcher Form haben institutionelle Einschreibungsprozesse stattgefunden und inwiefern veränderten sich dadurch politische Grundlinien?

Ein Call for Papers ist hier angehängt.

Abendessen im Heurigen

Sonntag, 5. Juli

Vormittag: **Schlussplenum: Wie weiter, was tun? (Arbeitstitel)**

(Dr.-Karl-Renner-Institut)

Mit Eva Völpele und Thomas Seibert

Kommentare: Irmgard Salzer (Österreichischer Bergbauern- und Bergbäuerinnenvereinigung, Via Campesina Austria), Silvia Angelo (Arbeiterkammer Wien), Petja Dimitrova, Sarah Kumnig (Recht auf Stadt) (alle angefragt)

Mittagessen im Renner-Institut

Nachmittag: **AkG-Mitgliederversammlung**

zum Ausklang: **Stadtführung** (Bettina Köhler)

Demokratie und Recht: Konstitutionalismen und die soziale Frage

Call for Papers für einen Workshop im Rahmen der Tagung der AkG, 3.-5. Juli 2015 in Wien

Im Rahmen des Workshops wollen wir der leitenden Überlegung nachgehen, welche Rolle die soziale Frage bei Verfassungsprojekten spielt, um damit oft eher normative Verfassungsdebatten mit konkreten materialistischen Aspekten stärker zusammenzudenken. Der Fokus liegt für uns auf der autoritären Krisenbearbeitung der EU, alternativen Projekten in Europa und ähnlichen lateinamerikanischen Erfahrungen.

Wir verstehen die soziale Frage in diesem Zusammenhang als Überbegriff für konfliktive Verteilungs- und Reproduktionsfragen, die sich über Forderungen nach sozialen Rechten und politischen Teilhaberechten artikulieren. Damit steht sie in direktem Widerspruch zur neoliberalen Austerität, die ihrerseits in Verfassungen verankert wurde. So werden emanzipatorische Antworten auf die soziale Frage unweigerlich auch zu einem gegenhegemonialen Verfassungsprojekt. Unter diesem Sammelbegriff fallen für uns breite gesellschaftliche Debatten über den Inhalt von Verfassungen, wie auch konkrete Reformen oder alternative Verfassungsentwürfe.

Verfassungsreformen der letzten drei Jahrzehnte standen unter dem Begriff ‚new constitutionalism‘ meist für neoliberale Politiken, die sich in dezentralen und überstaatlichen Prozessen sowohl in nationale Verfassungen als auch in das internationale Vertragswerk eingeschrieben haben. Auch die Krisenbearbeitung des Europäischen Institutionenensembles folgt dieser Strategie und versucht eine „immerwährende Austerität“ durch Verfassungsreformen abzusichern. Durch den wegbrechenden gesellschaftlichen Konsens können diese Reformen allerdings nur mehr undemokratisch und zunehmend autoritär durchgesetzt werden. Ähnliche autoritäre Verfassungsprojekte zur vermeintlichen Lösung politischer Krisen sehen wir aktuell vor allem auch in Ägypten oder Thailand.

Andererseits gibt es aber Widerstand gegen diese Entwicklungen. In Ecuador, Bolivien und Venezuela haben sich alternative Regierungsprojekte erfolgreich durchgesetzt und soziale Errungenschaften verfassungsmäßig abgesichert. Gleichzeitig sind in Venezuela und Ecuador diese Regierungen gerade was ihre demokratische Offenheit angeht in die Krise geraten und werfen Fragen über mögliche Zusammenhänge mit den neuen, zum Teil sehr eng gefassten Verfassungen auf. Mit Podemos tritt in Spanien eine neue Linkspartei an, die stark von diesem lateinamerikanischen ‚*nuevo constitucionalismo*‘ beeinflusst ist und in fast allen Wahlumfragen mit Abstand auf Platz eins landet. Mit ihrem Versprechen einen Verfassungskonvent für Spanien abzuhalten und Spanien in Anlehnung an Bolivien als „plurinational“ zu definieren, scheint es gut möglich, dass der Diskurs eines ‚*nuevo constitucionalismo*‘ in Europa politisch relevant wird.

Podemos wie auch die Griechische Regierungspartei Syriza sind in ihrer politischen Strategie stark von Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Hegemonie- und Diskurstheorie beeinflusst. Laclaus und Mouffes „leerer Realismus“ (Jessop) und Vernachlässigung der Materialität gesellschaftlicher Strukturen dürfte allerdings wiederum die Art und Weise beeinflussen *wie* neue linke Parteien überhaupt die soziale Frage stellen und beantworten.

Aus all dem möchten wir in unserem Workshop die erwähnten Beispiele zusammenbringen um entlang einer vergleichenden Perspektive folgende Fragen zu diskutieren:

- Welche Antworten auf Verteilungs- und Reproduktionsfragen sehen wir in den angesprochenen Verfassungsprojekten konkret (emanzipatorische Verfassungen Lateinamerikas, autoritäre Krisenbearbeitung der EU, alternative Politik in Spanien und Griechenland)?

- Wie können wir die demokratische Krise in einigen Lateinamerikanischen Staaten verstehen und was bedeutet das für europäische Projekte, die sich an ihnen orientieren?
- Muss der Staat alleiniger Garant von sozialen Rechten sein, oder kann man auch dezentral organisieren (Etatismus – Institutionalismus)?
- Wie spiegelt sich der Einfluss post-marxistischer Theorien auf erfolgreiche linke Bewegungen in der politischen Regierungs-/Oppositionspraxis wider und wie lässt sich dieser Einfluss aus kritisch-realistischer oder materialistischer Perspektive analysieren?

Wir bitten um Zusendung von Abstracts (max. eine Seite) bis 10. April. Nach Auswahl der eingelangten Abstracts (ca. 15. April) sollen die finalen Beiträge in einer Länge von fünf bis maximal acht Seiten bis 19. Juni fertiggestellt werden.

Schicken Sie/ schickt das Abstract bitte an folgende Adresse:
demokratieundrecht.ahg15@gmail.com

Workshopvorbereitung

Stefanie Wöhl
Wolfram Schaffar
Ralph Guth

Soziale Bewegungen als Alternativen – Möglichkeiten und Grenzen

Call for Papers für einen Workshop im Rahmen der Tagung der AkG, 3.-5. Juli 2015 in Wien

Im Rahmen der Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), die vom 3. bis 5. Juli 2015 in Wien stattfinden wird, organisieren wir für den 4. Juli einen Workshop zu Handlungsräumen und Grenzen sozialer Bewegungen. Der Workshop verortet sich im Spannungsfeld zwischen Alternativen, Demokratie und Transnationalismus und ist offen für Beiträge, die sich mit sozialen Bewegungen im Kontext der multiplen, insbesondere auch ökonomischen Krise auseinandersetzen.

Die Welle sozialer und politischer Proteste seit 2011 führte zu Debatten darüber, ob ein neuer Zyklus globaler Proteste angefangen hat: Von den Protestbewegungen im arabischen Raum über Platzbesetzungen und Proteste in europäischen Ländern bis hin zur Occupy-Bewegung, begannen sich in den letzten Jahren und angesichts einer multiplen Krise verschiedene Formen von Protest und Widerstand mit ebenso vielfältigen inhaltlichen Stoßrichtungen verstärkt zu artikulieren.

In diesem Workshop werden wir uns daher mit der Frage beschäftigen, wie die Protestbewegungen seit 2011 den politischen Raum beeinflusst und welche Effekte sie produziert haben. Willkommen sind sowohl theoretische Beiträge zur Bewegungsforschung als auch solche, die anhand von (Fall)Beispielen empirisch fundierte Analysen anbieten. Vergleichende Einschätzungen – der Charakteristika sozialer Bewegungen, zwischen Bewegungen des globalen Nordens mit jenen des globalen Südens, sowie zwischen verschiedenen europäischen Ländern – könnten dabei ein produktiver Ansatz sein, um im Rahmen des Workshops Möglichkeiten und Grenzen sozialer Bewegungen auszuloten.

Unter anderem stellen sich folgende Fragen:

- Welche Transformationspotentiale haben Protestbewegungen? Was haben sie bewirkt? Wer sind die Subjekte von Protest und Revolte? Inwiefern wurde in den Bewegungen der letzten Jahre ein neuer Transnationalismus artikuliert?
- Welche politischen, kulturellen, gruppenspezifischen oder prozessorientierten Effekte produzieren die einzelnen Bewegungen? Welche Lernprozesse ergeben sich daraus?
- Welche Aktionen/Aktivitäten hatten entsprechende Mobilisierungseffekte? Welche diskursiven Strategien waren einflussreich? Welche Formen der Organisation hatten nachhaltige Effekte?
- Wo liegen die Grenzen sozialer Bewegungen? Wie lässt sich angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre die Dialektik von Protest und Staat bzw. staatlicher Reaktion und Repression herausarbeiten?
- In welcher Form haben institutionelle Einschreibungsprozesse stattgefunden und inwiefern veränderten sich dadurch politische Grundlinien? Kommt es zur Herausbildung von gesellschaftlichen Alternativen? Welche Rolle spielen hier parlamentarische politische Parteien? Welches Spannungsverhältnis gibt es zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien?

Wir bitten um die Zusendung von Abstracts (max. eine Seite) bis 15. März. Nach Auswahl der eingelangten Abstracts sollen die finalen Beiträge in einer Länge von fünf bis maximal acht Seiten sodann bis 19. Juni fertiggestellt werden.

Schicken Sie das Abstract an die folgende Adresse: sozialebewegungen.akg15@gmail.com

Workshopvorbereitung

Ilker Ataç, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

Helmut Krieger, Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien

Nicolas Schlitz, Selbstständiger Wissenschaftler und Aktivist, Wien